

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses der AfA, erinnert an den 30. Todestag Hans Böcklers: "... ob sich da nicht wieder ein Augenblick ergibt..."

Seite 1/2

Walter Polkehn MdB kommentiert die TV-Serie "Flucht und Vertreibung": Der Versuch, ein Stück Vergangenheit aufzuarbeiten.

Seite 3

Nils Diederich MdB untersucht, wie es in Berlin weitergehen soll: Solidarität - nicht Kumpanei.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

36. Jahrgang / 32

16. Februar 1981

Vor 30 Jahren starb der erste DGB-Vorsitzende

Hans Böckler: "... ob sich da nicht wieder ein Augenblick ergibt..."

Von Rudolf Dreßler MdB  
Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Für viele bleibt Hans Böckler eine Symbolgestalt der Deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wenn sich heute, an seinem Todestag vor 30 Jahren, jene an Hans Böckler erinnern, die versucht haben den Grundgedanken der Mitbestimmung zu hinterfragen, dann wird der sicherlich historische Briefwechsel mit dem damaligen Bundeskanzler Adenauer auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung, ein Stück Gegenwart.

Am 29. und 30. November 1950 erteilten in einer Urabstimmung 95,9 Prozent der Arbeiter und Angestellten dem Vorstand der IG Metall die Vollmacht, für die Beibehaltung und den weiteren Ausbau der paritätischen Mitbestimmung das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel auszurufen: den Streik.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 14. Dezember 1950 an Hans Böckler einen Brief. Darin bestritt er den Gewerkschaften das Recht, für die Mitbestimmung zu streiken. Wörtlich: "In einem demokratischen Staatswesen kann es einen Streik gegen die verfassungsmäßigen Gesetzgebungsorgane nicht geben. Das Koalitionsrecht, auf daß sie sich berufen, sichert nur das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Es kann keine Rede davon sein, daß die verfassungsgesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit einer organisatorischen Minderheit, die die Gewerkschaften vom Ganzen gesehen sind, daß Recht gibt, durch Niederlegung der Arbeit die Wirtschaft lahmzulegen, um dadurch bestimmte Akte der Gesetzgebung zu erzwingen."

Am 29. Dezember 1950 antwortete Hans Böckler: "Die Verfassung eines demokratischen Staates sichert jedem Bürger - also auch dem Arbeitnehmer - bestimmte Rechte und Frei-



heiten zu. Dazu gehört aber auch die Freiheit des Arbeitnehmers, die Arbeitsleistung unter einer Wirtschaftsordnung zu verweigern, die seiner Stellung als freiem Bürger eines demokratischen Staates nicht entspricht. Wenn also die Arbeitnehmerschaft durch Ihre Gewerkschaften erklärt, daß sie nur noch einer Wirtschaft ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen will, in der an Stelle des oligarchischen Zustandes der Herrschaft einer Minderheit demokratische Verhältnisse eingeführt worden sind, dann macht sie lediglich von dem ihr zustehenden Recht Gebrauch. Sie leistet damit auch dem Gedanken der Demokratie eher einen Dienst als jene Kreise, die immer dann vorgeben für die Demokratie zu kämpfen, wenn es gegen die Interessen der schaffenden Menschen geht."

Obwohl Vorstand und Beirat der IG Metall den Streikbeginn für den 1. Februar 1951 festgesetzt hatten, gelang es den Gewerkschaften unter Führung von Hans Böckler bis Ende Januar 1951 mit den Vertretern der Arbeitgeber von Eisen und Kohle und mit Adenauer ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, daß die angekündigte Arbeitsniederlegung erübrigte.

Die Verabschiedung des Montanmitbestimmungs-Gesetzes am 10. April 1951 durch den Deutschen Bundestag - unter anderem gegen die Stimmen der FDP - erlebte Hans Böckler nicht mehr.

Am 27. Januar 1951 warnte Hans Böckler in seiner letzten Rede vor Metallarbeitern eindringlich davor, die Hände in den Schoß zu legen. Der Kampf sei nicht vorbei. Wörtlich: "Ich kann euch nicht versprechen, ob sich da nicht wieder ein Augenblick ergibt, wo die Gesamtheit der Schaffenden aufgerufen werden muß, um ihre Interessen wahrzunehmen."

Die Auseinandersetzung um industrielle Demokratie, immer mehr auch eine Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft, ist auch 30 Jahre nach dem Tode von Hans Böckler noch längst nicht entschieden.

(-/16.2.1981/hl/ca)

+

+

+



"Flucht und Vertreibung" ohne Gründe?  
-----

Der Versuch, ein Stück Vergangenheit aufzuarbeiten

Von Walter Polkehr MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Frage, ob dies in historisch-wissenschaftlicher und objektiv-dokumentarischer Sicht gelungen ist, darf man nicht allein den von der Vertreibung Betroffenen überlassen. Ihr Urteil kann nur vom durchschnittlichen Leid, von ihren Tränen bestimmt sein. Hier hat die Geschichtswissenschaft ein hohes Maß an Verantwortung zu übernehmen, um all den noch lebenden gepeinigten Menschen die Unmöglichkeit des Verstehens möglich zu machen.

Dazu gehört beispielsweise die Untersuchung der Tatsache, daß in vielen Fällen von den Nazigauleitern und den Kommandanten der Städte, die auf Befehl Hitlers zu Festungen erklärt worden waren, eine ordnungsgemäße Evakuierung der Bevölkerung zu Zeiten verhindert wurde, in denen dies ohne beträchtlichen Schaden hätte durchgeführt werden können.

Dazu gehört weiter die Darstellung des Anteils der ehemaligen vier Alliierten Mächte an der Aussiedlung oder "Überführung", wie man es 1945 nannte. In Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hatten sich die Drei (Frankreich kam später hinzu) auf folgendes geeinigt:

"Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."

Dazu gehört ferner die Analyse und rückhaltlose Darstellung der Mitverantwortung der westlichen Alliierten, daß aus der "Überführung" von 15 Millionen Ostdeutschen eine die Menschenrechte verletzende Vertreibung wurde. Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler, Alfred M. de Zayas hat 1977 als erster ein bis dahin von deutschen Wissenschaftlern geachtetes Tabu durchbrochen und nachgewiesen, daß die Westmächte eben nicht dafür Sorge getragen hätten, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, die "Überführung ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen zu lassen.

Hier sind nur drei Fragen genannt, die von den Autoren des Films nicht gestellt wurden.

Die Autoren aber haben etwas unterlassen, was für unser Zusammenleben mit den Polen, Tschechen und Ungarn viel schwerer wiegt. Sie haben die Ursachen, die Gründe und die Quelle nicht genannt, die zu solchen Haßausbrüchen geführt haben.

Es ist schon widerwärtig und über alle Maßen bar jeglichen Gefühls und menschlicher Regungen, wenn einige diesen TV-Film als "Aufrechnung" zu "Holocaust" bezeichnen.

Die Bestialitäten des KZ-Staates der Nationalsozialisten sind niemals aufrechenbar. Daß sie als die eigentlichen Ursachen für das Leid der Geschundenen in dem Film nicht genannt werden, hat bei einigen Bürgern schon jetzt zu Emotionen geführt, die dem notwendigen moralischen Ausgleich mit unseren polnischen, tschechischen und ungarischen Nachbarn zuwiderlaufen.  
(-/16.2.1981/ks/ca)



Solidarität - nicht Kumpanei

-----  
Berlin - Wie geht es weiter ?

Von Nils Diederich MdB

Mit Hans-Jochen Vogel hat Berlin einen Regierenden Bürgermeister, der weit über unsere Stammwählerschaft hinaus zu überzeugen vermag. Er ist der Mann, der nicht nur gleichwertig, sondern überlegen dem schön redenden Freiherrn von Weizsäcker gegenüber treten kann, denn er hat etwas aufzuweisen, was jener nicht hat: praktische Erfahrung als Bürgermeister einer großen Stadt und Erfahrung im Regieren der Bundesrepublik. Wer allerdings meinte, nun sei alles gelaufen, der irrt gewaltig.

Denn es sind ja nicht nur die kleinen Skandale, die die sozialliberale Koalition in Schwierigkeiten gebracht haben. Es sind die zentralen Aufgaben, die zum Teil noch ungelöst vor uns liegen, auch wenn die Partei Konzepte und Papiere erarbeitet hat. Dies gilt für die Ausländerfrage, für die Frage des Umweltschutzes, für die Wohnungspolitik und für die Berliner Wirtschaftspolitik.

Der Garski-Skandal ist ja nur ein Symptom für etwas, was viel tiefer geht. "Nirgendwo wird so viel von fremdem Geld geleht wie in Berlin", so die Meinung der seriösen Süddeutschen Zeitung. Wir alle kennen das mehr oder weniger ironisch-verständnisvolle Lächeln unserer Kollegen in Bonn, wenn es um Hilfe für Berlin geht. Da denkt eben jeder, daß Berlin "über die Verhältnisse lebt". Aber es ist eben in der Realität so, daß vor allem von der privaten Wirtschaft in Berlin die Mythologie von der freien Wirtschaft aufrechterhalten wird, während in Wahrheit manche Unternehmer vor der Marktbewährung unter dem Schirm der steuerlichen Abschreibungsbürokratie fliehen möchten. Hier müssen Grenzpflocke eingeschlagen werden.

Dies sind langfristige Aufgaben. Kurzfristig müssen wir den Berliner Wählern klarmachen, daß uns mit der neuen Regierung, die in so eindrucksvoller Weise auf einem geschlossenen Abstimmungsergebnis der sozial-liberalen Koalition aufbauen kann, die Lösung dieser Aufgaben gelingen wird.

Nun ist die Solidarität der Partei, die Solidarität aller Berliner Sozialdemokraten gefordert. Wir sind es der deutschen Sozialdemokratie schuldig, nachdem sie in so eindrucksvoller Weise ihrerseits Solidarität praktiziert hat. Lothar Löffler hat vor der Bundestagsfraktion gesagt, die deutsche Sprache kenne eigentlich kein geeignetes Wort, um das zum Ausdruck zu bringen, was wir Jochen Vogel entgegenbringen, es könne nur der allergrößte Respekt davor sein, wie einer den Weg der praktizierten Solidarität beschritten hat und damit den steilen Saumpfad des Risikos gewählt hat. Aber Dankbarkeit ist keine politische Maßeinheit. Was die Partei in Berlin ihm schuldet, ist unverbrüchliche Solidarität, Treue, Offenheit und Einsatzbereitschaft. Wir sollten auch richtig einschätzen, was das Opfer bedeutet, das die Genossen bringen, die für Berlin die Brücken hinter sich abgebrochen haben, um uns zu Hilfe zu eilen. Es ist natürlich auch ein Beweis, wie hoch der Stellenwert Berlins als eine der Säulen der sozial-liberalen Koalition eingeschätzt wird.

Wir haben erstmals seit vielen Jahren einen Regierenden Bürgermeister, der frei von Gruppenzwängen entschieden hat. Dies war seine Bedingung und sie ist ihm erfüllt worden. Die rigose Trennung von Parteiamt und Senatsamt kann auch bei den Berlinern die Hoffnung stärken, daß die Vorwürfe der Verfilzung und der Ämterpatronage Propaganda der Opposition sind. Und sicherlich können wir erkennen, daß es die Verstrickung Dietrich Stobbes, aber vielleicht auch schon Klaus Schütz' war, daß sie meinten, die Stabilität ihrer Regierung hinge von einer möglichst engen Einbeziehung der innerparteilichen Machtgruppen ab. Aber die Qualität eines Senats ermißt sich eben nicht daran, ob der je-



weilige Kreis, dem man angehört, oder die jeweilige Kugelgruppe, zu der man sich hingezogen fühlt, mit einem Senator berücksichtigt ist.

Wenn heute von Abnutzung gesprochen wird, so ist offenbar, daß damit vor allem unsere Partei gemeint ist. Und hier muß eine Erneuerung ansetzen, die nur aus uns, aus unserem eigenen Willen kommen kann. Was not tut, ist eine Verhaltensänderung im Umgang untereinander und in der Frage, wie Spitzenämter besetzt werden sollen. Wir müssen das Denken in Flügeln überwinden. Ich wehre mich dagegen, daß jeder Genosse ein Etikett tragen muß, das ihn in eine Gruppe einbezieht und ihn von der anderen abschirmt. Wir sollten unbefangener miteinander umgehen und uns jedes Mal fragen: Was können wir in Zusammenarbeit für unsere Partei und für die Wähler der Partei leisten?

Besonders schwierig wird die Aufgabe des Landesvorsitzenden in der nächsten Runde sein. Denn er wird an der Seite des Regierenden Bürgermeister Hans-Jochen Vogel vor der Öffentlichkeit glaubhaft machen müssen, daß die Partei der Erneuerung im Senat vorbehaltlos überzeugt und auch überzeugend folgt. Dazu gehört eben die Überwindung des Denkens in Gruppenzugehörigkeiten. Dazu gehört aber auch, daß wir bei der Aufstellung unserer Kandidaten für das Abgeordnetenhaus diesmal stärker berücksichtigen, welche sozialen Gruppen wir vor der Öffentlichkeit vertreten wie Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Frauen. Immerhin hat ja die Partei vor kurzem eine Konzeption veröffentlicht, die gerade eine stärkere Berücksichtigung von Frauen zum Ziel gesetzt hat.

Der Vorsitzende und mit ihm der gesamte Vorstand muß auch die ersten Schritte für eine Parteireform einleiten. Wir sollten uns immer bewußt sein, daß keiner seine berufliche Karriere allein auf die Partei aufbauen kann und aufbauen darf. Wir müssen auch darauf achten, daß das Anspruchsdenken und das Versorgungsdenken auf ein vertretbares Maß der sozialen Sicherung zurückgeführt wird. Ich habe meine Zweifel, ob das Entschädigungssystem, das wir für unsere Wahlämter gefunden haben und das nach wenigen Jahren teilweise lebenslange Pensionen sichert, noch im Sinne sozialdemokratischer Zielsetzungen ist.

Schließlich wird der Landesvorstand darauf zu achten haben, daß wir uns im kommenden Wahlkampf auf die wirklich wesentlichen Probleme konzentrieren, auf die die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung eine Antwort wollen. Programme haben wir viele gemacht, aber wir müssen auch die Prioritäten setzen, zu ihnen stehen und sie im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel durchführen.

Noch eins: Wir haben erlebt, wie Einzelne durch die Presse von heute auf morgen vom verhätschelten Primus und Musterknaben zum Sündenbock und Prügelknaben gemacht wurde. Wir kennen die politische Zielsetzung eines großen Teils unserer Presse, die da lautet: Die Sozialdemokratie muß weg! Und dazu ist eben jedes Mittel recht. Sicher ist dies alles nicht ohne eigenes Zutun geschehen. Mangelnde Selbstkritik und zur Schau getragene Selbstsicherheit verdunkeln vielleicht im entscheidenden Augenblick den Blick für richtiges Handeln. Ich will jedoch ein anderes sagen: Die Partei sollte sich auch überlegen, was Solidarität (nicht Kumpanei) bedeutet; sie bewährt sich im Moment der Bedrängnis des Einzelnen. Und Solidarität sind wir allen schuldig, die sich jahrelang für uns bemüht haben.

Immer wieder in den vergangenen Jahren hat es Einzelne in der Partei gegeben, die meinten, die Parole des "Tagesspiegel", der sich ja den Sturz der Sozialdemokratie zum besonderen Ziele gesetzt hat, folgen zu müssen und die Regeneration der Partei in der Opposition zu erwägen. Und das Beispiel der CDU/CSU in Bonn, die ihre Chance in mehr als einem Jahrhundert nicht genutzt hat, sich zu regenerieren, zeigt, daß dies ein Irrtum ist, wenn man nicht, in welcher Situation auch immer, die innere Kraft hat, die Regeneration zu beginnen.

(-/16.2.1981/hi/ca)

